



Annahmeerklärung

Erbschaftsamt Basel-Stadt
Rittergasse 10
Postfach
4001 Basel

Fall-Nr.

Erblasser/in

Todestag

A) Annahmeerklärung

Der/Die Unterzeichnende erklärt hiermit gemäss Art. 560 ZGB

die vorbehaltlose Annahme der Erbschaft;

B) Annahmeerklärung bei öffentlichem Inventar

Der/Die Unterzeichnende erklärt hiermit gemäss Art. 588 ZGB

1. die vorbehaltlose Annahme der Erbschaft;

2. die Annahme der Erbschaft unter öffentlichem Inventar.

Datum

Unterschrift

Geburtsdatum

Zivilstand

Legen Sie bitte eine Kopie Ihres Passes oder Ihrer Identitätskarte (Vorder- und Rückseite) bei. Sie können die Annahmeerklärung auch beim Erbschaftsamt unterschreiben oder Ihre Unterschrift amtlich beglaubigen lassen.

Beilage

Gesetzestexte

Fall-Nr.

Zusätzliche Anträge (Gewünschtes ankreuzen und zurücksenden):

1. Erbenbescheinigung

- Es wird die Ausstellung einer kostenpflichtigen Erbenbescheinigung beantragt.

2. Grundbuchbereinigung

- Liegenschaften und Grundstücke im Kanton Basel-Stadt. *

**Das Erbschaftsamt wird in diesem Zusammenhang nicht von Amtes wegen tätig und trägt keinerlei Verantwortung für die Nachführung des Grundbuchs.*

Grundbuchbereinigungen führen im Kanton Basel-Stadt auf Antrag der Erbinnen und Erben das **Erbschaftsamt** oder **Notarinnen** und **Notare** durch:

- Mit der Übertragung der im Kanton liegenden Liegenschaft oder des Grundstücks wird das Erbschaftsamt beauftragt. Es wird die Ausstellung einer kostenpflichtigen Erbgangsbeurkundung beantragt.

Zur Beachtung:

Kantonale Liegenschaften oder Grundstücke:

Das Erbschaftsamt stellt den Erben auf Antrag eine kostenpflichtige Erbenbescheinigung aus. Mit dieser Bescheinigung sollte die Übertragung einer Liegenschaft oder eines Grundstücks im Kanton Basel-Stadt auf Veranlassung der Erbinnen und Erben beim Grundbuchamt möglich sein.

Ausserkantonale Liegenschaften oder Grundstücke:

Voraussetzung für die Übertragung dieser Liegenschaften oder Grundstücke ist die Erbenbescheinigung. Bitte erkundigen Sie sich vorgängig beim zuständigen Grundbuchamt nach den Erfordernissen für eine problemlose Übertragung.

Datum

Unterschrift

Beilage

Gesetzestexte

Gesetzesbestimmungen (Seite 1)

1. betreffend Inventaraufnahme

EG ZGB § 136 Abs. 1 (Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch)

In allen Todesfällen erfolgt von Amtes wegen Inventaraufnahme durch einen Inventarbeamten des Erbschaftsamtes.

StG § 180 (Steuergesetz)

¹ Nach dem Tod der steuerpflichtigen Person wird innert zwei Wochen ein amtliches Inventar aufgenommen.

² Die Inventaraufnahme kann unterbleiben, wenn anzunehmen ist, dass kein Vermögen vorhanden ist.

StG § 181

¹ In das Inventar wird das am Todestag bestehende Vermögen des Erblassers oder der Erblasserin aufgenommen, ferner alle mit dem Todesfall in Zusammenhang stehenden Leistungen, die der Einkommenssteuer unterworfen sind.

² In das Inventar wird auch das am Todestag bestehende Vermögen des Ehegatten der verstorbenen Person und der unter ihrer elterlichen Sorge stehenden minderjährigen Kinder aufgenommen.

³ In das Inventar sind auch alle Vorempfänge und früheren Zuwendungen im Sinne von § 132 Abs. 1 sowie sonstige steuerbare Zuwendungen bei Lebzeiten an Dritte einzubeziehen.

⁴ Tatsachen, die für die Steuerveranlagung von Bedeutung sind, werden festgestellt und im Inventar vorgemerkt.

StG § 182

Für die Inventaraufnahme und die Siegelung ist das Erbschaftsamt zuständig.

StV § 126 (Steuerverordnung)

Für die Inventaraufnahme und das Inventarverfahren findet, soweit das kantonale Recht keine abweichenden Vorschriften enthält, die Verordnung über die Errichtung des Nachlassinventars für die direkte Bundessteuer sinngemässe Anwendung.

Das Inventar beschränkt sich, wenn die verstorbene Person ihren letzten Wohnsitz nicht im Kanton hatte, auf das im Kanton steuerbare Vermögen.

2. betreffend Auskunftspflicht

EG ZGB § 137

Auf Aufforderung des inventierenden Beamten oder Notars sind alle Personen, welche über die Vermögensverhältnisse des Verstorbenen Auskunft geben können oder Vermögensstücke desselben in Händen haben, zur wahrheitsgemässen Auskunft und zur Ablieferung der Nachlassaktiven verpflichtet, insbesondere: die Erben; die Hausgenossen, die mit dem Verstorbenen in einem Haushalt lebten; Personen, welche Vermögensstücke des Verstorbenen verwalten oder innehaben.

StG § 179a

¹ Alle Erben und Erbinnen haben unabhängig voneinander Anspruch auf eine vereinfachte Nachbesteuerung der vom Erblasser oder von der Erblasserin hinterzogenen Bestandteile von Vermögen und Einkommen, wenn:

a) die Hinterziehung keiner Steuerbehörde bekannt ist;

b) sie die Verwaltung bei der Feststellung der hinterzogenen Vermögens- und Einkommenselemente vorbehaltlos unterstützen; und

c) sie sich ernstlich um die Bezahlung der geschuldeten Nachsteuer bemühen.

² Die Nachsteuer wird für die letzten drei vor dem Todesjahr abgelaufenen Steuerperioden nach den Vorschriften über die ordentliche Veranlagung berechnet und samt Belastungszins nachgefordert.

³ Die vereinfachte Nachbesteuerung ist ausgeschlossen, wenn die Erbschaft amtlich oder konkursamtlich liquidiert wird.

⁴ Auch der Willensvollstrecker oder die Willensvollstreckerin und der Erbschaftsverwalter oder die Erbschaftsverwalterin kann um eine vereinfachte Nachbesteuerung ersuchen.

StG § 184 gleichlautend: DBG Art. 157 (Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer)

¹ Die Erben und Erbinnen sowie die Personen, die mit deren gesetzlichen Vertretung, der Erbschaftsverwaltung oder der Willensvollstreckung betraut sind, sind verpflichtet:

a) über alle Verhältnisse, die für die Feststellung der Steuerfaktoren des Erblassers oder der Erblasserin von Bedeutung sein können, wahrheitsgemäss Auskunft zu erteilen;

b) alle Bücher, Urkunden, Ausweise und Aufzeichnungen, die über den Nachlass Aufschluss geben können, vorzuweisen;

c) alle Räumlichkeiten und Behältnisse zu öffnen, die dem Erblasser oder der Erblasserin zur Verfügung gestanden haben.

² Die Erben und Erbinnen und deren gesetzliche Vertretung, die mit der verstorbenen Person in häuslicher Gemeinschaft gelebt oder von dieser Vermögensgegenstände verwahrt oder verwaltet haben, müssen auch Einsicht in ihre Räume und Behältnisse gewähren.

³ Erhalten die Erben und Erbinnen sowie die Personen, die mit deren gesetzlichen Vertretung, der Erbschaftsverwaltung oder der Willensvollstreckung betraut sind, nach Aufnahme des Inventars Kenntnis von Nachlassgegenständen, die nicht im Inventar verzeichnet sind, so müssen diese innert zehn Tagen der Inventarbehörde bekanntgegeben werden.

⁴ Der Inventaraufnahme müssen mindestens eine handlungsfähige erbberechtigte Person und die gesetzliche Vertretung unmündiger oder entmündigter Erben und Erbinnen beiwohnen.

StG § 185 gleichlautend: DBG Art. 158

¹ Dritte, die Vermögenswerte der verstorbenen Person verwahrten oder verwalteten, oder denen gegenüber die verstorbene Person geldwerte Rechte oder Ansprüche hatte, sind verpflichtet, den Erben und Erbinnen zuhanden der Inventarbehörde auf Verlangen schriftlich alle damit zusammenhängenden Auskünfte zu erteilen. Stehen der Erfüllung dieser Auskunftspflicht wichtige Gründe entgegen, kann die Drittperson die verlangten Angaben direkt der Inventarbehörde leisten.

² Personen, die mit dem Erblasser oder Erblasserin im gleichen Haushalt lebten, sind verpflichtet, der Inventarbehörde wahrheitsgemäss Auskunft über deren Vermögensverhältnisse zu geben.

³ (...)

Gesetzesbestimmungen (Seite 2)

StG § 212 gleichlautend: DBG Art. 178

¹ Wer Nachlasswerte, zu deren Bekanntgabe er im Inventarverfahren verpflichtet ist, verheimlicht oder beiseite schafft in der Absicht, sie der Inventaraufnahme zu entziehen, wer zu einer solchen Handlung anstiftet oder dazu Hilfe leistet, wird mit Busse bestraft.

² Die Busse beträgt bis zu 10 000 Franken, in schweren Fällen oder bei Rückfall bis zu 50 000 Franken.

³ Der Versuch einer Verheimlichung oder Beiseiteschaffung von Nachlasswerten ist ebenfalls strafbar. Die Strafe kann milder sein als bei vollendeter Begehung.

⁴ Zeigt sich eine Person nach Abs. 1 erstmals selbst an, so wird von einer Strafverfolgung wegen Verheimlichung oder Beiseiteschaffung von Nachlasswerten im Inventarverfahren und wegen allfälliger anderer in diesem Zusammenhang begangener Straftaten abgesehen (straflose Selbstanzeige), wenn:

- a) die Widerhandlung keiner Steuerbehörde bekannt ist; und
- b) die Person die Verwaltung bei der Berichtigung des Inventars vorbehaltlos unterstützt.

InvV DBG Art. 10 (Verordnung über die Errichtung des Nachlassinventars für die direkte Bundessteuer)

¹ Mindestens eine oder einer der handlungsfähigen Erbinnen und Erben und die gesetzlichen Vertreterinnen und Vertreter der minderjährigen oder bevormundeten Erbinnen und Erben müssen der Inventaraufnahme beiwohnen.

² Die Inventarbehörde macht die bei der Inventaraufnahme anwesenden Personen aufmerksam auf:

- a. die Pflichten, die ihnen nach Artikel 157 DBG obliegen;
- b. die Straffolgen, die eine Verletzung dieser Pflichten nach sich zieht (Art. 178 DBG);
- c. die Auskunftspflicht, die Dritte ihnen gegenüber haben (Art. 158 DBG).

³ Die bei der Inventaraufnahme anwesenden Personen unterschreiben das Inventarprotokoll und bestätigen, dass die Inventarbehörde ihre Pflicht nach Absatz 2 erfüllt hat. Verweigert eine dieser Personen ihre Unterschrift, so ist dies unter Angabe der Gründe im Inventarprotokoll festzuhalten.

3. Bestimmungen über die vorbehaltlose Annahme der Erbschaft

Art. 560 ZGB (Schweizerisches Zivilgesetzbuch)

¹ Die Erben erwerben die Erbschaft als Ganzes mit dem Tode des Erblassers kraft Gesetzes.

² Mit Vorbehalt der gesetzlichen Ausnahmen gehen die Forderungen, das Eigentum, die beschränkten dinglichen Rechte und der Besitz des Erblassers ohne weiteres auf sie über, und die Schulden des Erblassers werden zu persönlichen Schulden der Erben.

³ Der Erwerb der eingesetzten Erben wird auf den Zeitpunkt der Eröffnung des Erbganges zurückbezogen, und es haben die gesetzlichen Erben ihnen die Erbschaft nach den Besitzesregeln herauszugeben.

4. Bestimmungen über die Annahme der Erbschaft unter öffentlichem Inventar

Art. 584 ZGB

¹ Nach Ablauf der Auskündungsfrist wird das Inventar geschlossen und hierauf während wenigstens eines Monats zur Einsicht der Beteiligten aufgelegt.

² Die Kosten werden von der Erbschaft und, wo diese nicht ausreicht, von den Erben getragen, die das Inventar verlangt haben.

Art. 587 ZGB

¹ Nach Ablauf des Inventars wird jeder Erbe aufgefordert, sich binnen Monatsfrist über den Erwerb der Erbschaft zu erklären.

² Wo die Umstände es rechtfertigen, kann die zuständige Behörde zur Einholung von Schätzungen, zur Erledigung von streitigen Ansprüchen und dergleichen eine weitere Frist einräumen.

Art. 588 ZGB

¹ Der Erbe kann während der angesetzten Frist ausschlagen oder die amtliche Liquidation verlangen oder die Erbschaft unter öffentlichem Inventar oder vorbehaltlos annehmen.

² Gibt er keine Erklärung ab, so hat er die Erbschaft unter öffentlichem Inventar angenommen.

Art. 589 ZGB

¹ Übernimmt ein Erbe die Erbschaft unter öffentlichem Inventar, so gehen die Schulden des Erblassers, die im Inventar verzeichnet sind, und die Vermögenswerte auf ihn über.

² Der Erwerb der Erbschaft mit Rechten und Pflichten wird auf den Zeitpunkt der Eröffnung des Erbganges zurückbezogen.

³ Für die Schulden, die im Inventar verzeichnet sind, haftet der Erbe sowohl mit der Erbschaft als mit seinem eigenen Vermögen.

Art. 590 ZGB

¹ Den Gläubigern des Erblassers, deren Forderungen aus dem Grunde nicht in das Inventar aufgenommen worden sind, weil sie deren Anmeldung versäumt haben, sind die Erben weder persönlich noch mit der Erbschaft haftbar.

² Haben die Gläubiger ohne eigene Schuld die Anmeldung zum Inventar unterlassen, oder sind deren Forderungen trotz Anmeldung nicht in das Verzeichnis aufgenommen worden, so haftet der Erbe, soweit er aus der Erbschaft bereichert ist.

³ In allen Fällen können die Gläubiger ihre Forderungen geltend machen, soweit sie durch Pfandrecht an Erbschaftssachen gedeckt sind.

Art. 591 ZGB

Bürgschaftsschulden des Erblassers werden im Inventar besonders aufgezeichnet und können gegen den Erben, auch wenn er die Erbschaft annimmt, nur bis zu dem Betrage geltend gemacht werden, der bei der konkursmässigen Tilgung aller Schulden aus der Erbschaft auf die Bürgschaftsschulden fallen würden.